

Im Jänner könnte Entscheidung über den Lobautunnel fallen



Das Bundesverwaltungsgericht beurteilt, ob der Lobautunnel umweltverträglich ist. Das Verkehrsministerium hatte ihn bereits bewilligt

VON BERNHARD ICHNER

Umweltverträglichkeit. Projektgegner legten Gericht Argumente gegen das Großprojekt vor. Asfinag rechnet mit Baubeginn 2019.

So manchem Beobachter mag das jahrelange juristische Gezerre um den geplanten Lobautunnel als unendliche Geschichte erscheinen. Nachdem bis gestern, Mittwoch, vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVwG) über die Beschwerden von Umweltschützern und Bürgerinitiativen gegen die Bewilligung durch das Verkehrsministerium verhandelt wurde, scheint eine endgültige Entscheidung aber einen Schritt nähergerückt zu sein. Schon Mitte Jänner könnte es so weit sein.

Bereits 2015 hatten Global 2000, das Forum Wissenschaft und Umwelt, Alliance for Nature, die Bürgerinitiativen „Rettet die Lobau“, Marchfeld und „Lebenswertes Neu-Essling“, der Siedlerverein Essling sowie die Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf die Bewilligung des Lobautunnels beeinträchtigt.

Man zieht etwa die Verkehrsprognosen der Asfinag in Zweifel, befürchtet negative Auswirkungen auf das

Grundwasser im Projektgebiet oder stellt die Tunnelsicherheit im Fall von Bränden und Erdbeben infrage. Unter anderem beanstanden die Projektgegner, dass noch unter Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) der Abstand zwischen den Notausgängen im Tunnel verdoppelt werden durfte, wie Wolfgang Rehm von der Umweltorganisation VIRUS erklärt. Und auch die Darstellung der Luftschadstoff-Emissionen wird als unzureichend empfunden.

Nun hatten die Beschwerdeführer die Möglichkeit, dem BVwG ihre Argumente

und Sachverständigengutachten zu den einzelnen Materien zu unterbreiten. In einzelnen Punkten wurde die Asfinag angewiesen, den Projektgegnern Einblick in ihre Unterlagen zu gewähren.

Optimistische Gegner

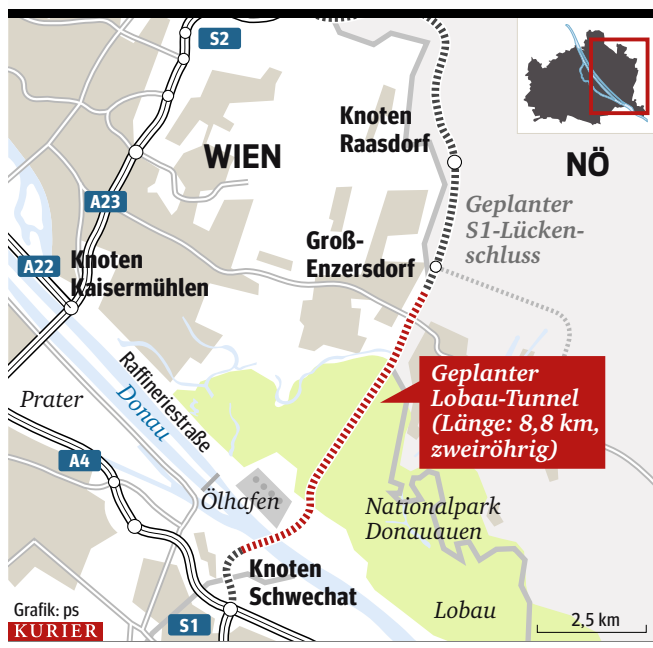
Und obwohl die Justiz unter Berücksichtigung der Einwände nun erst beurteilen muss, ob die Umweltverträglichkeit des Projekts bestätigt werden kann, zeigen sich sowohl Beschwerdeführer als auch Asfinag nach der Verhandlung vorsichtig optimistisch.

Erstere freuen sich über punktuelle Verbesserungen. Es sei „zwar noch viel offen“, erklärt Rehm. Das umstrittene Verkehrsprojekt werde „aber nicht so aussehen, wie ursprünglich genehmigt“.

Ein Teilerfolg für die Umweltschützer sei etwa eine Projektänderung im Vorjahr gewesen: „Die Autobahn wird wegen des Grundwassers nicht in der anfangs geplanten Tiefelage realisiert.“ Und während der Errichtung sei nun „eine automatische Befeuchtung der Baustraße absehbar – damit es nicht so staubt“.

Zuversichtlich äußert sich aber auch Asfinag-Geschäftsführer Alexander Walcher. Man habe sämtliche Verbesserungswünsche des Gerichts in die Einreichunterlagen eingearbeitet. Zuletzt etwa Ende Oktober, als eine aktualisierte Darstellung der zu erwartenden Lärmsituation abgegeben wurde. Findet diese die Zustimmung des Gerichts, könnte am 15. und 16. Jänner über die Themenbereiche Lärm und Humanmedizin verhandelt werden.

Walcher rechnet noch im Frühjahr 2018 mit der Bestätigung der Umweltverträglichkeit. Daher gehe man davon aus, „in der zweiten Jahreshälfte von 2019“ mit dem Bau des Lobautunnels beginnen und ihn 2025 für den Verkehr freigeben zu können.



Grafik: ps KURIER

LANDESVERSAMMLUNG

Grüne rufen nach Streit um Vassilakou Neustart aus

Antrag. Neubeginn auf allen Ebenen gefordert

Anträge für die Landesversammlung, die die Wiener Grünen völlig umkrempeln könnten, werden derzeit im Wochentakt bekannt. Erst vergangenen Mittwoch wurde ein Papier von City-Klubobmann Alexander Hirschenhauser öffentlich, das den Rückzug Maria Vassilakous als Verkehrsstadträtin fordert. Gestern legten acht Parteimitglieder mit einem dringlichen Leitantrag nach.

Das vierseitige Papier trägt den Titel „Für einen Neubeginn der Wiener Grünen“. Verfasst wurde es unter anderem von Gemeinderätinnen und Klubobleuten aus den Bezirken. Im Hinblick auf die Wien-Wahl 2020 müsse es zu einer „Neugestaltung“ kommen, die „alle Ebenen unserer Partei“ betreffe, heißt es darin. Dazu gehört auch die heikle Frage, wer die Grünen in die nächste Wahl führen soll. Ein nochmaliges Antreten von Vassilakou wird nicht als fix vorausgesetzt. „Ein Neubeginn gelingt nur mit konkreten Veränderungen und einer geeigneten Person als SpitzenkandidatIn“, schreiben die Autoren. Wie diese gefunden werden soll, soll im Juni erörtert werden.

Abgrenzung

Der nächste Spitzenkandidat könnte jedenfalls über mehr Macht verfügen als seine Vorgänger. Denn neben der basisdemokratischen Listenstellung soll diskutiert werden, ob der Spitzenkandidat künftig auch eine Art formeller Parteichef sein soll und Kandidaten für die Liste vorgeschlagen darf. Außerdem soll eine Strategie gefunden werden, wie man sich stärker vom Koalitionspartner SPÖ abgrenzen kann. So soll 2020 vermieden werden, dass Grün-Wähler zu den Roten umschwenken. Unter einen Hut bringen will man auch das Selbstverständnis als systemkritische Bewegung und Kompromisse, die Regierungsverantwortung erfordert.

Gemeinderätin Birgit Hebein und Bezirksvorsteherin Silvia Nossek, die den Antrag



Der Leitantrag sieht Vassilakou nicht fix als Spitzenkandidatin



Hirschenhausers Antrag fordert Vassilakous baldigen Rückzug

mitformuliert haben, wollen ihn nicht als Gegenantrag zu Hirschenhausers Vorstoß verstanden wissen. Nossek glaubt, dass die angeregte Auseinandersetzung sowie stattgefunden hätte. Aber: „Da nun jemand glaubt, er muss sich wichtig machen, schreiben wir fest, was wir ohnehin tun wollten“, sagt sie.

Mobilisierung

Der damit angesprochene Alexander Hirschenhauser zeigt sich gesprächsbereit: „Ich bin der Letzte, der einen gescheiterten Beitrag nicht aufnehmen würde“, sagte er. „Man kann über alles reden.“ Seine Mitstreiter und er hätten auf jeden Fall eines erreicht: „Eine Diskussion.“ Nichtsdestotrotz versuchen seine Sympathisanten, Unterstützer für die Versammlung am 25. November zu mobilisieren. „Wir sprechen mit Verbündeten in anderen Bezirken, damit diese ihre Netzwerke aktivieren“, sagt Innestadt-Bezirksrat Julian Kolm.

Der Leitantrag wiederum wurde noch am Mittwoch an die Bezirke versandt, wo er diskutiert und bei Bedarf ergänzt werden soll. Ziel ist, viele Mitstreiter zu finden, damit das Papier bei der Landesversammlung eine möglichst breite Zustimmung findet.

Der Neuerungsprozess soll in einem Jahr abgeschlossen sein. – STEFANIE RACHBAUER

KURIER
Niederösterreich

JEDEN FREITAG NEU!

Erfolgsformel BIO

MORGEN

Ab jetzt jeden Freitag im KURIER

DER NEUE KURIER NIEDERÖSTERREICH

Lesen Sie spannende Interviews, Berichte und Sportergebnisse aus und für Niederösterreich im neuen handlichen **KURIER NIEDERÖSTERREICH**.

Es erwartet Sie eine kompakte Beilage mit interessanten Themen aus der Region.

KURIER

GUTE FRAGEN. GUTE ANTWORTEN.

Persönliches Exemplar für AOM-Benutzer kurier-leser - (C) APA-DeFacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.